



SCHOOL-SCOUT.DE

Unterrichtsmaterialien in digitaler und in gedruckter Form

Auszug aus:

*Klausur: Demokratie in Deutschland II - Politische Parteien
und Wahlen, Verfassungsorgane, Gesetze und Jugendrecht*

(erhöhtes Niveau)

Das komplette Material finden Sie hier:

School-Scout.de



Klausur zum Thema „Demokratie in Deutschland“

Thematische Schwerpunkte: Politische Parteien und Wahlen, Verfassungsorgane, die Verabschiedung von Gesetzen, das Strafverfahren, Jugendliche vor Gericht.

Anforderungen: I, II und III (Basis: Darstellungsbegriff der EPA-Operatorenliste)

- Anforderungsbereich I: Reproduktion (zähle auf, beschreibe, benenne ...)
- Anforderungsbereich II: Reorganisation und Transfer (analysiere, charakterisiere, erkläre, erläutere ...)
- Anforderungsbereich III: Reflexion und Problemlösung (begründe, beurteile, bewerte, überprüfe ...)

Anzahl Aufgaben: 17

Bearbeitungsdauer: 60 bis 90 Minuten

Punkte: 100

Aufgaben:

POLITISCHE PARTEIEN UND WAHLEN

1. Welches Wahlsystem gilt für die Wahl der Abgeordneten des Deutschen Bundestages. Stelle es in seinen Grundzügen vor.
2. Ist die Fünf-Prozent-Hürde zur Stabilisierung unserer parlamentarischen Demokratie sinnvoll oder verzerrt sie den Wählerwillen zu stark?
3. Könnte der Bundesgesetzgeber die Mehrheitswahl einführen?
4. Das Bundesverfassungsgericht hat zur Bezeichnung des politischen Systems der **Bundesrepublik den Begriff der „wehrhaften Demokratie“ geprägt. Was wollen die Richter mit diesem Begriff bezeichnen? Ziehe zur Beantwortung der Frage auch dein Hintergrundwissen über die Gründe für das Scheitern der Weimarer Republik ein.**
5. In welchen Artikeln des Grundgesetzes ist die Idee der "wehrhaften Demokratie" im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland verankert?

VERFASSUNGSORGANE

6. Erläutere anhand von Beispielen die Kontrollinstrumente des Bundestages.
7. Was ist ein Bundesstaat? Was hat der bundesstaatliche Aufbau der Bundesrepublik mit dem Bundesrat zu tun?
8. Ein Fall: Änderung der bundesstaatlichen Ordnung

Eine Bürgerinitiative schlägt vor, als Beitrag zur Vereinfachung der politischen Strukturen einen Einheitsstaat zu schaffen. Ist dieser Vorschlag mit dem Grundgesetz vereinbar?

DIE VERABSCHIEDUNG VON GESETZEN

9. Aus welchen Teilen besteht das Gesetzgebungsverfahren?
10. Was ist unter einem zustimmungspflichtigen Gesetz zu verstehen?
11. Wie erfolgt bei einem zustimmungspflichtigen Gesetz die Zustimmung im Bundesrat?

Musterlösung

POLITISCHE PARTEIEN UND WAHLEN

1. Welches Wahlsystem gilt für die Wahl der Abgeordneten des Deutschen Bundestages. Stelle es in seinen Grundzügen vor.

Die Zusammensetzung des Bundestages wird durch eine so genannte personalisierte Verhältniswahl bestimmt. In diesem System sind Elemente der Verhältniswahl und der Mehrheitswahl vermischt. Jeder Wahlberechtigte gibt dazu zwei Stimmen ab, die beide unterschiedliche Bedeutung entfalten.

Mit der Erststimme werden durch eine Mehrheitswahl in den einzelnen Wahlkreisen die Direktkandidaten für den Bundestag bestimmt. Die Anzahl der Abgeordneten, die eine Partei letztendlich ins Parlament entsenden kann, wird über die Zweitstimme durch Verhältniswahl ermittelt.

2. Ist die Fünf-Prozent-Hürde zur Stabilisierung unserer parlamentarischen Demokratie sinnvoll oder verzerrt sie den Wählerwillen zu stark?

Sie ist durchaus sinnvoll, weil sie sich in Deutschland bewährt hat. Sie hat nicht dazu geführt, dass die politischen Verhältnisse erstarren.

Sperrklauseln lassen sich aus den Anforderungen rechtfertigen, die in parlamentarischen Demokratien an das Wahlsystem gestellt werden. Das Parlament hat hier nicht nur die Funktion, das Volk in seinen politischen Anschauungen und Gruppierungen zu repräsentieren. Aus ihm geht auch die Regierung hervor. Das Wahlsystem muss deshalb so gestaltet sein, dass stabile Regierungen zustande kommen. Dazu dienen z.B. Sperrklauseln, denn sie schränken die Parteienvielfalt auf der Parlamentsebene ein.

Die Fünf-Prozent-Hürde verfälscht den Wählerwillen.

Fast sieben Millionen Wählerinnen und Wähler haben bei der Wahl zum 18. Deutschen Bundestag ihr Wahlrecht zu Gunsten von Parteien ausgeübt, die an der Fünf-Prozent-Klausel gescheitert sind. Das sind fast 14 Prozent der abgegebenen gültigen Stimmen. Die Stimmabgaben sind anschließend Parteien zu Gute gekommen, die die Wählerinnen und Wähler gerade nicht wählen wollten. Nur deshalb konnte zum Beispiel die CDU/CSU mit 41,5 Prozent der Stimmen 311 Mandate erringen, weshalb sie um nur fünf Mandate sogar die absolute Mehrheit im Bundestag verfehlte.

3. Könnte der Bundesgesetzgeber die Mehrheitswahl einführen?

Der Gesetzgeber ist verpflichtet, die Wahlrechtsgrundsätze aus Art. 38 GG zu verwirklichen. Derzeit gilt die personalisierte Verhältniswahl. Denkbar ist auch die Regelung einer Mehrheitswahl durch das Bundeswahlgesetz. Die Wahlrechtsgrundsätze des Art. 38 GG gelten wahlrechtssystemimmanent.

4. Das Bundesverfassungsgericht hat zur Bezeichnung des politischen Systems der **Bundesrepublik den Begriff der „wehrhaften Demokratie“ geprägt. Was wollen die Richter mit diesem Begriff bezeichnen? Ziehe zur Beantwortung der Frage auch dein Hintergrundwissen über die Gründe für das Scheitern der Weimarer Republik ein.**

Mit dem Begriff der „wehrhaften Demokratie“ soll die Entschlossenheit des Staates bezeichnet werden, sich gegenüber den Feinden der freiheitlichen demokratischen Grundordnung nicht neutral zu verhalten, sondern sich zur Wehr zu setzen.



Erwartungshorizont

Name: _____

Aufgabe 1 – 5: Der Schüler / die Schülerin ...		max. Punkte	Erreichte Punkte
1	Stellt die personalisierte Verhältniswahl in Grundzügen vor	6	
2	Erörtert kritisch die 5%-Sperrklausel	6	
3	Erkennt, dass GG auch Mehrheitswahl zulässt	2	
4	Erläutert die Idee „wehrlafte Demokratie“ mit seinem Kontextwissen zur Weimarer Republik	10	
5	Nennt GG-Artikel, in denen die Idee verankert ist	2	
Summe inhaltliche Leistung Aufgabe 1 – 5:		26	

Aufgabe 6 – 8: Der Schüler / die Schülerin ...		Max. Punkte	Erreichte Punkte
6	Erläutert Befugnisse des Bundestages	6	
7	Erklärt Begriffe Bundestaat und Bundesrat in ihrem Zusammenhang	6	
8	Nimmt Stellung zum Fall: Änderung der bundesstaatlichen Ordnung	12	
Summe inhaltliche Leistung Aufgabe 6 – 8:		24	

Aufgabe 9 – 14: Der Schüler / die Schülerin ...		Max. Punkte	erreichte Punkte
9	Zählt Elemente des Gesetzgebungsverfahrens auf	3	
10	Erklärt, was ein Zustimmungsgesetz ist	3	
11	Erläutert die Beteiligung des Bundesrates bei einem Zustimmungsgesetz	3	
12	Benennt Aufgaben des Bundespräsidenten bei der Verabschiedung von Gesetzen	4	
13	Analysiert kritisch den Fall: Prüfungskompetenz	10	
14	Erschließt sich die Veröffentlichungspflicht im BGBL.	4	
Summe inhaltliche Leistung Aufgabe 9 - 14:		23	

Aufgabe 15 – 17: Der Schüler / die Schülerin ...		Max. Punkte	erreichte Punkte
15	Benennt den Grundsatz „Ohne Gesetz keine Strafe“	6	
16	Erklärt die Bedeutung des Aussageverweigerungsrechts	6	
17	Nimmt kritisch Stellung zu dem Ruf nach härteren Strafen	10	
Summe inhaltliche Leistung Aufgabe 15 - 17:		22	

Darstellungsleistung Die Schülerin/der Schüler ...	max. Punkte	erreichte Punkte
strukturiert den Text kohärent, schlüssig, stringent und gedanklich klar.	1	
formuliert unter Beachtung der fachsprachlichen und fachmethodischen Anforderungen.	1	
belegt Aussagen durch angemessenes und korrektes Zitieren.	0,5	
drückt sich alltagsprachlich präzise, stilistisch sicher und begrifflich differenziert aus.	0,5	
formuliert lexikalisch und syntaktisch sicher, variabel und komplex.	1	
schreibt sprachlich richtig.	1	
Summe Darstellungsleistung	5	

Gesamtleistung: _____ von 100 Punkten Note: _____



SCHOOL-SCOUT.DE

Unterrichtsmaterialien in digitaler und in gedruckter Form

Auszug aus:

*Klausur: Demokratie in Deutschland II - Politische Parteien
und Wahlen, Verfassungsorgane, Gesetze und Jugendrecht*

(erhöhtes Niveau)

Das komplette Material finden Sie hier:

School-Scout.de

